

Dr. Rolf Mützenich, MdB

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

– Im Hause –



Frank Schwabe, MdB

Sprecher für Menschenrechte und
humanitäre Hilfe der SPD-Fraktion



Peter Heidt, MdB

Sprecher für Menschenrechte und
humanitäre Hilfe der FDP-Fraktion



Boris Mijatovic, MdB

Sprecher für Menschenrechte und
humanitäre Hilfe der Fraktion
Bündnis90/ DIE GRÜNEN

Berlin, 16.10.2024

Liebe Fraktionsvorsitzenden,

Peter Heidt, MdB

FDP
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 77000
peter.heidt@bundestag.de

liebe Haushälter*innen,

Boris Mijatovic, MdB

Bündnis 90/Die Grünen
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 73801
boris.mijatovic@bundestag.de

mit großer Sorge wenden wir uns an Sie und Euch als Verantwortliche in den Haushaltsverhandlungen der regierungstragenden Koalition in Deutschland. Als Fachpolitiker*innen im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe haben wir den Haushaltsentwurf der Bundesregierung zur Kenntnis genommen, verfolgen intensiv die aktuellen Debatten um die Mittelansätze und haben laufenden Austausch mit den Einrichtungen der humanitären Hilfe.

Frank Schwabe, MdB

SPD
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 73638
frank.schwabe@bundestag.de

Der Titelantrag für die humanitäre Hilfe ist im Haushaltsentwurf 2025 der Bundesregierung um 53 Prozent auf nunmehr 1,04 Mrd. Euro abgesenkt worden. Dieser drastische Einschnitt geht einher mit Verpflichtungsermächtigungen, die bereits jetzt 46 Prozent dieses Ansatzes verplant haben. Damit verbleiben etwa 500 Millionen Euro, die von der Bundesrepublik Deutschland ungebunden für das internationale System der humanitären Hilfe bereitgestellt werden.

Angesichts der Vielzahl der humanitären Krisen auf der Welt, angesichts der wachsenden Zahl klimabedingter und häufig zu erwartender Katastrophen, angesichts von Krieg und Leid für viele Millionen Menschen sind diese Kürzungen ein fatales Signal, das weltweit eine ungünstige Wirkung entfalten kann.

Mit großem Engagement ist Deutschland heute eine treibende Kraft in der Umsetzung des humanitären Völkerrechts und ein verlässlicher Partner für prinzipiengeleitete humanitäre Hilfe. Wir sind ein zuverlässiger Partner im System der Vereinten Nationen, bei Hilfsorganisationen und in vielen Ländern. Diese Rolle können und dürfen wir nicht aufgeben und das globale System von Kooperation und Vertrauen dem Wettbewerb der nationalen Initiativen und der politischen Interessen überlassen.

Weltweit sind mehr als 310 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Wir erleben die Konsequenzen des anhaltenden Angriffskrieges der Russischen Föderation auf die Ukraine, den brutalen Angriff auf die Menschen in Israel durch die Terrororganisation Hamas und eine humanitäre Katastrophe für die Zivilbevölkerung in Gaza, und eine massive Eskalation von Gewalt und Vertreibung im Sudan. In der kurz- und langfristigen Hungerbekämpfung sind Mittel für humanitäre Hilfe ein wichtiger Beitrag, um Überleben zu sichern und Gesellschaften zu stabilisieren.

Mit geringeren Mitteln werden zwangsläufig weniger Menschen erreicht. Berechnungen von humanitären Hilfsorganisationen ergeben, dass die für den Haushalt 2025 geplanten Kürzungen in der Praxis für 8,8 Millionen Menschen keine Ernährungshilfe mehr bereitgestellt und akute Mangelernährung bei 1,2 Millionen Kindern nicht mehr erkannt oder behandelt werden können. Etwa 1 Million Kinder werden den Zugang zu formeller oder informeller Bildung verlieren.

Die politischen Folgen sind ebenfalls drastisch: Mit dem Verlust an Reputation und Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland als bekanntem und wichtigem Geber in der humanitären Hilfe geht eine deutlich geringere Stabilität in der internationalen Kooperation einher. Bereits im laufenden Jahr haben die Kürzungen des Bundeshaushalts 2024 einen deutlichen Rückgang von Neu- oder Weiterbewilligungen für Projekte durch das Auswärtige Amt zur Folge gehabt. Dies betrifft insbesondere sogenannte „vergessene Krisen“ in Ländern wie etwa Myanmar, Burkina Faso und Haiti, die schon jetzt chronisch unterfinanziert sind.

Gegenwärtig erleben wir eine massive Herausforderung für die regelbasierte internationale Ordnung. Wir sehen die humanitäre Hilfe als fundamentalen Bestandteil des humanitären Völkerrechts. Die Welt hilft bei Katastrophen entlang der humanitären Prinzipien: Unparteilichkeit, Neutralität, Unabhängigkeit und Menschlichkeit. Die regelbasierte Ordnung wird von autoritären Staaten in vielfältiger Art und Weise herausgefordert und internationale Institutionen und Gewohnheiten gezielt unterwandert. Wir sollten dies nicht durch die massive Kürzung von Mitteln begünstigen.

Denn diese Schwächung trafe besonders die Vereinten Nationen, die Hilfe jenseits politischer Interessen neutral bereitstellen. Stattdessen erleben wir schon jetzt Nationalstaaten, die Hilfe selektiv und nach politischen Interessen leisten. Diese Entwicklung empfinden wir als brandgefährlich. Humanitäre Hilfe darf kein politischer Wettbewerb um Aufmerksamkeit sein, sondern muss weiterhin von der internationalen Gemeinschaft gemeinsam in engster Abstimmung mit möglichst maximaler Wirkung für die Betroffenen vor Ort organisiert werden.

Eine zentrale Erkenntnis in der humanitären Hilfe ist die Tatsache, dass wir viele Krisen bereits heute vorhersagen und vorbeugen können. Flutkatastrophen, Dürren, Hitzeperioden und somit Ernteausfälle und Versorgungsengpässe lassen sich schon heute prognostizieren. Vorausschauende Maßnahmen können Menschen vor Ort besser und schneller helfen und zugleich Kosten massiv senken. Jeder in Prävention investierte Euro spart im Katastrophenfall bis zu 13 Euro. In der Entwicklung der vorausschauenden humanitären Hilfe hat sich die Bundesrepublik Deutschland als Vorreiterin erwiesen und sollte diese Rolle weiter ausfüllen.

Humanitäres Völkerrecht schützen, humanitäre Hilfe neutral, angemessen und zuverlässig bereitstellen – dies ist mit der aktuellen Mittelplanung nicht möglich.

Wir sind uns der engen finanziellen Handlungsspielräume in den Haushaltsberatungen bewusst. Und doch bitten wir Euch, den Titel für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland deutlich anzuheben. Grundsätzlich schlagen wir vor, diesen Haushaltstitel in die geübte Praxis der Kontinuität der Außenpolitik aufzunehmen. Und nicht jedes Jahr neu über Einschnitte zu debattieren. Ein fester Mindestbetrag bringt Stabilität in ein internationales System, das unter Spannung steht und erlaubt vorausschauend und flexibler mit Mitteln umzugehen. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, um die regelbasierte Ordnung und das humanitäre Völkerrecht zu schützen und angemessen auf die Vielzahl der humanitären Krisen weltweit zu reagieren. Viele Staaten schauen auf uns in Deutschland und unsere Entscheidungen als globalem Player.

Mit besten Grüßen

Frank Schwabe
Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD-Fraktion

Peter Heidt
Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der FPD-Fraktion

Boris Mijatovic
Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der Fraktion Bündnis90/ DIE GRÜNEN